

Der Kampf der Arbeiter

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin O 34, Wilmersdorfer Straße 20.
Telefon: 100 10 11, 100 10 12, 100 10 13. — Die Zeitung erscheint
jeden Freitag. — Telegramm-Adresse: Textilpresse Berlin.



Anzeigen und Verbandsgelder sind an Deutscher Textilarbeiter-Verband, Hauptvorstand,
Berlin O 34, Wilmersdorfer Str. 20 (Postfach-Konto Berlin Nr. 12971), zu richten. Bezugspreis,
nur durch die Post, viertel: 6 RM. Anzeigenpreis für die achteypaltene Vorgiszelle 2 RM.

Nummer 48

Berlin, den 25. November 1932

44. Jahrgang

Gegen reaktionäre Diktatur!

Zum Sturz der Regierung Papen

Von J. Lang

Die finsternen Mächte, die der Regierung Papen zur politischen Machtergreifung verholfen, haben in den letzten Jahren fortgesetzt in Wort und Schrift für den Übergang der deutschen Wirtschaft von angeblich „nationalen“ zu „sozialistischen“ Verhältnissen verantwortlich gemacht. Die nach ihrer Ansicht zu hohen Arbeiterlöhne und die Unterstützung der arbeitlosen Opfer der Wirtschaftskrise seien allein Schuld an dem ständigen weiteren Niedergang der deutschen Wirtschaft. Solche Propaganda und Hochschrei lagten über dem Lande die Unmöglichkeit gegen der Devise: „Der Zweck heiligt die Mittel“.

Gerade in den Jahren 1927 bis 1930, wo die Arbeiterlöhne für den einzelnen Arbeiter und die Unterstützungen für den einzelnen zu Unterhaltenden am höchsten waren, bestand sich die gesamte deutsche Wirtschaft in einer sehr guten Konjunktur. Die Weltmarkt-krise, die im Jahre 1929 begann, hat die Wirtschaft in Deutschland so tief getroffen, wie in keinem anderen Lande. Die Wirtschaftskrise hat die Arbeiter durch Lohnkürzungen und Senkung der Unterstützungen fast zerstört. Ist genug wurde die arbeitende Bevölkerung gewarnt und aufgerufen, weitere Verschlechterungen ihrer Existenz und ihrer wirtschaftlichen Rechte abzumehren und durch einig und geschlossenes Zusammenstehen in ihren wirtschaftlichen und politischen Organisationen und durch politische Maßnahmen die Vermeidung der Voraussetzungen zu einem neuen wirtschaftlichen Wiederaufbau zu schaffen. Leider ist ein Teil der arbeitenden Bevölkerung diesen Warnrufen nicht gefolgt. Er hat sich von politischen und wirtschaftlichen Scharlatanen beeinflussen lassen und hat den Steigbügel gehalten, daß sich die reaktionärste Regierung (Papen, Schleicher, Gagsl usw.), die man sich nur denken konnte, Ende Mai in den Sattel schwang. Seitdem reitet die Reaktion auf dem mundgeschworenen Rücken des deutschen arbeitenden Volkes.

Wenn noch im Frühjahr 1932 manche Arbeiter fatalistisch die Köpfe hängen ließen und erklärten: „Schlimmer kann es uns doch nicht mehr ergehen“ und „auch dieses Elend muß ohne unsere eigene Initiative wieder einmal ein Ende haben“, so hat die „Papen-Regierung“ diese Arbeiter aus ihren fatalistischen Träumereien ganz gehörig aufgeweckt und ihnen gezeigt, um wie vieles ihre Lage noch verschlechtert werden kann, wenn Reaktion Trumpf ist, wenn die Freiberren und Barone vom „Herrenklub“ die Regierungsgewalt ausüben.

Eine Notverordnung jagte die andere. Das Parlament, in dem das Volk durch seine Tribune sich Gehör verschaffen könnte, ist ausgeschaltet und die deutsche Wirtschaft steuert durch das Wirtschaftsprogramm der Regierung und seiner sonstigen Taten dem Abgrund zu.

Die ersten „Notverordnungen“ im Juni brachten unerhörte Kürzungen der Unterstützungen in allen Zweigen der Sozialversicherung, einschließlich der Militärrenten und Wohlfahrtsunterstützungen, weitere neue drückende Steuern für die breite Masse des Volkes, unter anderem die Beschäftigungssteuer, Salzsteuer, und Steuererleichterungen für die Reichen. Allein die Reparationsabgabe der Industriellen wurde um 100 Millionen Mark ermäßigt.

Vom „Zwangskarakter“ der Gewerkschaftsorganisationen

Material zur Zerstörung einer Legende

In Nr. 46 der „Gewerkschafts-Zeitung“, dem Organ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, gibt Paul Osberg einen Bericht über die schwedischen Reichstagswahlen, die vor kurzem stattfanden und bei denen die schwedische sozialdemokratische Partei einen glänzenden Sieg errang. Dabei wird auch die Rolle der Gewerkschaften berührt, die einen scharfen Kampf gegen die reaktionären Parteien führten, die es sich zur Aufgabe gestellt hatten, die Wirtschaftskrise im Interesse des Kapitals rückwärts auszunutzen. Insbesondere glaubten sie durch eine verantwortungslose Propaganda den Boden für einen Ausnahmezustand gegen die Gewerkschaftsbewegung reif machen zu können.

Osberg schreibt darüber weiter: Diese Stellung haben die Gewerkschaften erst im Jahre 1917 eingenommen. Das ist von dem „Zwangskarakter“ der Gewerkschaftsorganisationen her zu erklären. So konnte sich die Gewerkschaftspropaganda unter anderem auf die Stellungnahme des herangezogenen schwedischen bürgerlichen Nationalabstammes Oskar Cassel zu dieser Frage berufen. Da Prof. Cassel auch in Deutschland großes Ansehen genießt, namentlich bei den Kreisen, die gegenwärtig Versuche unternehmen, die Rechte der Gewerkschaften bei uns einzuschränken, so dürfte wohl angebracht sein, auf seine Meinung hinzuweisen. Er formulierte sie folgendermaßen:

„In den bürgerlichen Kreisen und unter den unorganisierten Arbeitern ist die frühere Ansicht verbreitet, daß die Gewerkschaften die persönliche Freiheit des Arbeiters unterdrücken. Das ist eine alte liberale Auffassung des Freiheitsbegriffs formeller Art, die hier zum Ausdruck kommt. Die Freiheit, deren die Gewerkschaften den Arbeiter berauben, ist hauptsächlich die

Freiheit, zu einem herabgedrückten Lohn zu arbeiten. Aber jeder, der davon unterrichtet ist, wie die Freiheit auf dem unorganisierten Arbeitsmarkt mißbraucht werden kann, wird die oben erwähnte Freiheit nicht hoch einschätzen.“

Mit persönlich sind Fälle bekannt, in denen Arbeiter regelmäßig erheblich unter dem normalen Lohnstand gearbeitet haben und nach einem Leben angestrengter Arbeit in einer eierden Lage sich befinden. Wenn dieses tröstlose Ergebnis durch einen geringen Gewerkschaftszwang verhindert werden kann, so haben wir sicherlich keinen Grund, darüber zu klagen, daß wir diesem Zweck eine gewisse persönliche Freiheit opfern müssen!“

In dem Kampf gegen die Gewerkschaftsbewegung hatte die bürgerliche Sozialreaktion in den Kommunisten beider Richtungen getreue Bundesgenossen, die in unverantwortlicher Weise das Elend und die Fütterung der Massen mißbrauchten und die Gewerkschaftsinstanzen sowie die Sozialdemokraten verführten.

Die Feinde der Gewerkschaften sind doch tatsächlich in jedem Bande die gleichen!

Eine lehrreiche Verhandlung

Im Arbeitsgericht M.-Gladbach

Die von den Kommunisten herausgegebene Betriebszeitung für den Betrieb der Firma Richter & Ebels gaben der Betriebsleitung Veranlassung, Klage am Arbeitsgericht gegen den Arbeiterratsvorsitzenden und ein weiteres Mitglied der Betriebsvertretung anzustrengen mit dem Ziel auf Abhebung und Zustimmung zur fristlosen Entlassung wegen gröblicher Pflichtverletzung. Von der KPD waren Betriebsangehörige in die Wohnung eines

Kommunisten zur Besprechung von Betriebsangelegenheiten eingeladen worden. Der Einladung waren auch die beiden Arbeiterratsmitglieder gefolgt. Von dieser Zusammenkunft wurde von KPD-Mitgliedern des Betriebes der Betriebsleitung sofort nach Stattfinden Mitteilung gemacht und aller Wahrscheinlichkeit nach mehr erzählt, als in der Zusammenkunft überhaupt besprochen wurde.

Die Folge war die Klage am Arbeitsgericht. Ein Schauspiel war es, als die von der Firma als Zeugen geladenen KPD-Leute gegen ihre Betriebsvertretungsmitglieder Aussage machten. Niemand wollte den Einberuflern kennen, und nur gewunden wurden Ausführungen über die Vorgänge in der fraglichen Zusammenkunft gemacht. Für diese Betriebszeitungen bezahlten Belegschaftsmitglieder noch Geld. Der Vorsitzende des Arbeitsgerichts sagte zu den Zeugen: „Bei der KPD verpuffen alle Aktionen wahrscheinlich immer deshalb, weil man ausgerechnet immer die besten Leute, die aufzutreiben sind, mit der Führung solcher Aktionen betraut. Denn dafür ist die heutige Gerichtsverhandlung ein Schulbeispiel.“

Wir warnen unsere Mitglieder, ganz besonders aber unsere Betriebsräte, an irgendwelchen derartigen Besprechungen teilzunehmen. Wenn es auch in diesem Falle nicht zu einem Spruch des Arbeitsgerichts gekommen ist, so war es doch nicht möglich, die Amtsniederlegung zu verhindern.

Dieses Blatt gibt man an unorganisierte Arbeitskollegen und -kolleginnen weiter, damit sie über unsere Ziele unterrichtet werden!

Wie sagt Wilhelm Busch: „Dieses war der erste Streich — doch der zweite folgt sogleich“.

Die Herrenklub-Regierung veröffentlichte Anfang September ihre inzwischen ausgeheckte zweite Serie von Notverordnungen. Die erste vom 4. September „zur Behebung der Wirtschaft“ bringt eine Bereicherung derjenigen, die eigentlich dem Reiche verpflichtet wären, Steuern zu bezahlen. Ihnen werden für kommende Jahre die Steuern durch Ausgabe von Steuergutscheinen erlassen werden. Im dritten Abschnitt wird den Unternehmern auf dem Präsentierteller eine ganz besondere Gabe entgegengebracht, und zwar wird für die Mehrbeschäftigung je eines Arbeitnehmers im Durchschnitt des Kalenderjahres in der Regel Steuergutscheine im Betrage von 100 Reichsmark gewährt.

Also 400 RM. pro Kopf und pro Arbeiter, der jetzt mehr beschäftigt wird, erhält jeder Unternehmer als „Geschenk“ aus dem allgemeinen Steuerfädel, der angeblich so leer war, daß der arbeitenden Bevölkerung auch die kümmerlichsten Unterstützungen gewaltig gekürzt wurden.

Derselbe Steuerfädel ist aber für die Unternehmer im Ueberfluß gefüllt, so daß ihnen märchenhafte Geschenke gemacht werden können. Borgezinst sind 1 1/2 bis 2 Milliarden Reichsmark. Ein ganz unhaltbarer Zustand ist geschaffen worden, so daß ein rückwärtsloser Unternehmer, der im Laufe der Zeit seine

Arbeiterzahl von 1000 auf 500 Arbeiter abgebaut und sie jetzt wieder um 200 auf 700 erhöht, 80 000 Mark pro Jahr aus Reichsmitteln geschenkt bekommt. Da fällt mir der Refrain eines Liedes ein, das vor mehreren Jahrzehnten gesungen wurde:

Seht, seht, das ist ein Geschäft,
das bringt noch was ein,
ein jeder aber kann das nicht,
das muß verstanden sein.“

Aber nicht genug damit. Da bekanntlich der Appetit beim Essen kommt. Es folgte dann die Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit, die dem Arbeitgeber die Berechtigung gibt, bei einer Vermehrung der Beschäftigtenzahl um mindestens 5 bis 25 Proz. die Löhne für die 31. bis 40. Arbeitsstunde um 10 bis 50 Proz. zu reduzieren.

Mit Recht war die arbeitende Bevölkerung über diese Verordnung aufs tiefste empört. Sie leistete Widerstand um dieses Nachwerk zu Fall zu bringen. Um den Widerstand der arbeitenden Bevölkerung zu brechen, insbesondere die Gewerkschaften schwach zu machen, folgte die Verordnung vom 3. Oktober, die Kampfmaßnahmen einer Tarifvertragspartei gegen die Durchführung dieser durch Notverordnung angeordneten Lohnreduzierung aller, auch der allererbärmlichsten Löhne verbietet und als Verletzung des Tarifvertrages bezeichnet.

Damit versuchte die Herrenklub-Regierung, die Gewerkschaften für Kampfmaßnahmen der Arbeiter — gegen die Löhne reduzierende Unternehmer — schadenersahpflichtig zu machen, daß heißt, die Arbeitgeber sollten sich auch noch an den von den Arbeitern aufgetragenen Beiträgen bereichern dürfen.

Selbst in der Vorkriegszeit hat keine Regierung es gewagt, so offensichtlich für die Arbeitgeber Partei zu ergreifen und verfassungsmäßige Rechte der Arbeiter anzutasten.

Der Arbeiterschaft dürfte wohl die Erkenntnis dämmern, daß sie durch die Notverordnungen der Papen-Regierung viel verlor hat, obwohl die KPD und die von ihr abhängige KPD vorher immer hinausgeschrien haben, die arbeitende Bevölkerung hätte nur noch ihre Ketten zu verlieren. Für die Regierung Papen bestand das Volk nur aus Herren und Knechten. Die Arbeiterschaft muß aber auch klar erkennen, daß die Papen-Regierung nur ans Ruder kommen konnte durch die innige Verbindung mit Hitler. Die Hitler-Bewegung konnte aber nur diese Bedeutung gewinnen durch die KPD, die in der Bekämpfung der Gewerkschaften und der SPD keine Grenzen kennt, die in der Verfehlung und Zerreißung der Arbeiterschaft das Unmöglichste bisher geleistet hat. Deshalb muß jeder, der die Reaktion bekämpfen will, für die Stärkung der Gewerkschaften eintreten.

